

Präsident des Diakonischen Werks in Bayern kritisiert die Situation der Pflege

„Wir müssen das System vom Kopf auf die Füße stellen“

Michael Bammessel, Präsident des Diakonischen Werks in Bayern, hat im Presseclub Kritik an den bisherigen Pflegereformen der Bundesregierung geübt. „Das Schlüsselproblem, die Unterfinanzierung der stationären Altenhilfe, ist nicht angepackt worden.“

Es könne nicht sein, dass die auf einen Pflegeplatz im Heim angewiesenen Menschen trotz Pflegeversicherung im Schnitt 2000 Euro pro Monat zusätzlich zahlen müssen. Ein Drittel der Betroffenen sei auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie selbst und ihre Angehörigen sich das nicht mehr leisten könnten. Bammessel verweist auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, wonach ein 80-Jähriger die Heimkosten lediglich 348 Tage lang aus seinen Mitteln bestreiten kann. Bisher sei es so, dass der Versicherte das Risiko trägt, falls die Mittel der Pflegeversicherung nicht reichen – Bammessel würde gern analog zu anderen Versicherungen das Risiko den Kassen selbst aufbürden. „Wir müssen das System vom Kopf auf die Füße stellen.“

Er betont auch, dass die Pflegekräfte eigentlich zu schlecht bezahlt seien und die Personalschlüssel verbessert werden müssten – insofern würde an

der Preisschraube noch weiter gedreht. „Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich in zwei Jahren um neun Prozent erhöht.“

Überhaupt müssten Rezepte für eine älter werdende Gesellschaft gefunden werden. Die Einführung des Mindestlohns sei richtig gewesen, aber er schütze nicht vor der Gefahr, im Alter in die Grundsicherung zu rutschen. Da sich die private Alterssicherung als „nicht tragfähig“ erwiesen habe, plädiert Bammessel für eine Stärkung der Betriebsrenten sowie eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus.

Zwei weitere Sozialthemen, die Bammessel im Marmorsaal des Presseclubs am Gewerbemuseumsplatz anspricht, sind die Flüchtlingshilfe und die Kinderarmut. „Für ein reiches Land sind bei uns zu viele Kinder arm.“ Zwischen 2006 und 2015 sei die Zahl der unter 16-Jährigen, die in Deutschland in Armut leben müssten, von 1,5 Millionen auf 1,7 Millionen gestiegen. Und auch im besonders reichen Freistaat Bayern lebten 141 000 Kinder in Fami-

lien mit Grundsicherungsbezug. „Auch diese Zahl ist zwischen 2011 und 2015 gestiegen.“

Bisher sei es so, dass von den Instrumenten zur Familienförderung vor allem „Kinder aus besser gestellten Familien“ profitierten. „Das ist aus Sicht der Diakonie eine Schiefelage.“ Es wäre eine sinnvolle Aufgabe für die neu zu wählende Bundesregierung, sich mit der Einführung einer eigenständigen Kinder-Grundsicherung zu beschäftigen.



Michael Bammessel

Was die Flüchtlinge betrifft, „so haben wir gewaltig viel geschafft. Aber wir dürfen uns nicht um die Erfolge bringen.“ Menschen aus Afghanistan, die schon auf dem besten Weg der Integration sind, in ein solch unsicheres Land abzuschieben, hält der Diakonie-Präsident für eine „Dummheit“.

Angesichts des enormen Fachkräftemangels – gerade auch im angesprochenen Pflegebereich – wird man viele der jungen Leute, die neu nach Deutschland gekommen sind, noch gut brauchen können. Bammessel betont, dass Integration keine

1:1-Anpassung an die deutsche Wirklichkeit bedeuten sollte. Das Kennenlernen, der kulturelle Austausch, könnte auch für die Mehrheitsgesellschaft bereichernd sein. „Diese Menschen bringen etwas mit und halten uns den Spiegel vor.“ Dennoch gebe es rote Linien, weshalb der frühere evangelische Stadtdekan auch dem Begriff der „Leitkultur“ etwas abgewinnen kann. „Da gehört für mich zum Beispiel dazu, dass ich meinem Gegenüber ins Gesicht schauen kann“, sagt Bammessel in Bezug auf die Burka-Debatte.

Belegschaft ist und bleibt christlich

Die sozialen Herausforderungen bleiben groß. Der evangelische Wohlfahrtsverband versucht sie derzeit noch ausschließlich mit Mitarbeitern anzugehen, die einer christlichen Konfession angehören – obwohl die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt.

Auch künftig will Bammessel auf eine vorwiegend christlich geprägte Belegschaft setzen, denn die Diakonie sei kein weltanschaulich neutrales Sozialunternehmen. „Aber wir müssen schon darüber nachdenken, wie wir uns stärker öffnen.“

Marco Puschner